

BürgerInnenbrief **Mitte**

8. Juni 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Geldausgeben +++ SAGA +++ Schulsport +++ Erste Barriere-Demo +++ Gentrifizierung +++ Leben auf der Veddel

Hamburg in der Krise?



Der Containerumschlag geht drastisch zurück

»In Hamburg ist die Einheit von starkem Staat und erfolgreicher Wirtschaft ein Fels in der Brandung«, behauptet der CDU-Finanzsenator Michael Freytag. Und wie sieht die Realität aus? Der Hamburger Hafen muss sich auf absehbare Zeit mit kleineren Brötchen zufrieden geben, nachdem die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch den größten deutschen Universalhafen voll erwischt haben. Mit einem Gesamtumschlag von rund 27,3 Millionen Tonnen im ersten Quartal 2009 liegt das Ergebnis um knapp 22% unter dem Vorjahresniveau. Der Containerumschlag, eines der dynamischsten Segmente der vergangenen Jahre, lag mit 1,9 Millionen Standardcontainern (TEU) um mehr als 24% darunter.

Der Hamburger Wirtschaft droht in diesem Jahr zudem eine Pleitewelle. Nach einer Prognose werden die Insolvenzen

um fast 25% steigen. Erwartet werden 800 Firmenpleiten. Die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg ist im Mai 2009 leicht gesunken: Insgesamt 79.018 Hamburger waren arbeitslos, das sind 1.705 oder 2,1% weniger als im April, in dem 80.726 Arbeitslose gezählt wurden. Ist dies ein Zeichen, dass die schwere Wirtschaftskrise schon am Abklingen ist?

Eine solche Interpretation geht ins Leere. Im Vergleich zum Mai 2008 hat sich der Bestand der arbeitslosen HamburgerInnen um 5.503 oder 7,5% deutlich erhöht. Im Bundesdurchschnitt stieg die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich »nur« um 5,3%. Die aktuelle Arbeitslosenquote in Hamburg liegt bei 8,6% und damit über dem Bundesdurchschnitt von 8,2%. Im Vormonat betrug sie 9,0%. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit im abgelaufenen Monat erklärt sich zum einen aus

einer späten Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt mit einer gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften aus Bau, Tourismus, Gastronomie, Garten- und Landschaftsbau. Zum anderen wurden mehr arbeitsmarktpolitische Instrumente eingesetzt (Arbeitsgelegenheiten, Beschäftigungszuschuss etc.).

Dennoch besteht kein Grund zur Entwarnung: Ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit wird durch die massive Inanspruchnahme der Kurzarbeit verhindert. Gegenwärtig arbeiten etwa 25.000 HamburgerInnen unfreiwillig kurz. Wir müssen deshalb für die nächsten Monate – vor allem im Herbst – von einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgehen. Dann wird der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um geschätzte 7-8% voll durchschlagen. Anders als im Jahr 2008, als die Arbeitslosigkeit im Herbst unter 70.000 gedrückt werden konnte, ist nicht auszuschließen, dass wir am Ende des Jahres 100.000 Menschen ohne Arbeit haben werden. Es wird dann noch deutlicher zu Tage treten, dass die hohe Exportlastigkeit der Hamburger Wirtschaft den Arbeitsmarkt besonders belastet. Angesichts dieser Entwicklung ist die Verweigerungshaltung des Senats in Sachen Arbeitsmarktpolitik geradezu verantwortungslos.

Steuerausfälle

Infolge der Auswirkungen der Finanzkrise brechen die Steuereinnahmen der Hansestadt nach der Mai-Steuerschätzung in diesem Jahr um 520 Millionen Euro und im kommenden Jahr um 1.289 Millionen Euro ein. Der Senat muss Kredite aufnehmen, um den Haushalt finanzieren zu können.

Mit der Vorlage der Steuerschätzung 2009 muss auch der schwarz-grüne Senat endlich eingestehen, dass die Haushaltsplanungen für 2009 und 2010 kein solides Fundament haben. Die Lage der öffentlichen Finanzen war schon vor der Krise schwierig. Jetzt wird durch Steuermindereinnahmen die Lage noch schwieriger, weil der Senat bei der Aufstellung des Haushalts sämtliche Finanzrücklagen der Stadt geplündert hat. Und es muss davon ausgegangen werden, dass sich die Finanzsituation vor dem Hintergrund des zu erwartenden Rückgangs des BIP, durch zusätzlich erforderlich werdende Arbeitsmarkt- und Sozialausgaben sowie durch erneute Steuermindereinnahmen weiter verschlechtern wird.

»Es gibt drei Möglichkeiten, mit den Einbrüchen umzugehen«, erklärt Finanzsenator Freytag. Die erste sei Sparen, aber der Senat wolle kein Sparprogramm mitten in der Krise beginnen. Die zweite Möglichkeit sei, die Einnahmen zu verbessern. Aber Landessteuern könne und wolle Hamburg nicht anheben, und es werde auch keine neuen Privatisierungen geben. Blicke als dritte Möglichkeit, die Nettokreditaufnahme zu erhöhen. Dafür wird Hamburg ein »Sondervermögen« einrichten, was eine Art eigener Schuldentopf ist. Bis zu 1,8 Milliarden Euro müssen für 2009 und 2010 auf diese Weise aufgenommen werden. Damit müssen nicht nur die Steuereinbrüche aufgefangen werden, auch der Hamburger Beitrag zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird so finanziert. Und wenn die Wirtschaftskrise anhält, müsste Hamburg im schlimmsten Fall auch für 2011 und 2012 Kredite aufnehmen. Der Schuldentopf könnte dann auf bis zu 4,5

Milliarden Euro anwachsen. Davon geht Freytag allerdings nicht aus. Der Schuldentopf solle so rasch wie möglich wieder abgebaut werden, was einer »Rückzahlungsautomatik« gleichkomme. Die Konsequenz sei, dass es auch dann keine »Wunschzettel« geben könne, wenn die Konjunktur wieder anspringe. Außerdem sollen die Zinsen für die Nettokreditaufnahme komplett aus dem Haushalt finanziert werden.

Die Absicht des Senats, die Mindereinnahmen über zusätzliche Kredite zu decken, wird von der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich begrüßt. Es ist in dieser Situation in der Tat nicht sinnvoll, über Haushaltssperren und Ausgabenkürzungen einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu wollen. Dass eine solche Strategie keinen Ausweg aus der Krise bietet, ist historisch hinlänglich belegt (»Brüningsche Sparpolitik« Anfang der 1930er Jahre). Nur über massive öffentliche Investitionen, die die Strukturen der lokalen Wirtschaft stärken und umbauen, ist ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise möglich. Allerdings ist dabei zu prüfen, welche Investitionen den größten Beitrag zu Stabilisierung und Umbau der Wirtschaft leisten.

Nicht alles Geld, das von Schwarz-Grün ausgegeben wird, ist auch wirtschaftlich sinnvoll. So hält der Senat immer noch an etlichen Leuchtturmprojekten fest, deren ökonomischer Effekt mehr als zweifelhaft ist, weil sie zu einer immer stärkeren Belastung für den Haushalt führen. Abschließend einige besonders absurde Beispiele für das Geldausgeben:

Flaniermeile zur Elbphilharmonie

Der Senat läßt sich den Zugang zur Elbphilharmonie mehr als 15 Millionen Euro kosten. Touristen und Hamburger werden künftig auf einem ansprechend gestalteten Weg von der U-Bahn-Station Baumwall zur Elbphilharmonie schreiten können. Im März 2009 hat die schwarz-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft den Antrag abgelehnt, 20 Millionen Euro in den barrierefreien Umbau von U- und S-Bahnhöfen zu investieren. Stattdessen fließen Hunderte Millionen in die Elbphilharmonie und in den Luxussteg.

Unterbringung der HafenCity Universität Hamburg

Die Regierungsfractionen CDU und GAL haben Senatorin Gundelach (Behörde Wissenschaft und Forschung) aufgefordert, die Drucksache zur Errichtung der HafenCity Universität (HCU) zurückzuziehen. Die Senatorin ist der Aufforderung gefolgt. Dass die schwarz-grüne Regierungskoalition eine Senatorin auffordert, die Drucksache für ein 70 Millionen-Euro-Projekt wegen mangelnder Budgettreue zurückzuziehen, ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Die Senatorin sollte der Stadt und sich selbst weitere Blamagen ersparen und von dem sie überfordernden Amt zurücktreten.

Die Begründung für einen Neubau der HCU genügt nicht den elementaren Grundregeln für eine Bewilligung eines Investitionsprojektes. Die Senatorin argumentierte: Die Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung müsse in einem anspruchsvollen Neubau in exponierter Lage in der HafenCity entstehen. Die Projektkosten für Grundstück und Gebäude belaufen sich zwar auf mindestens 73 Mio. Euro, diese

Ausgabe sei allerdings gerechtfertigt. Der Rechnungshof hat demgegenüber zu Recht festgehalten: »Gegenüber der Bürgerschaft sind die möglichen Alternativstandorte mit bis zu rund 58 Mio. Euro niedrigeren Kosten bewertend darzustellen.« Dabei wies er darauf hin, dass auch nach Erklärungen des Senats eine CityNordUniversität in der Hebebrandstraße denkbar sei. Die Senatorin hat sich nicht im Ansatz bemüht, den Argumenten des Landesrechnungshofes nachzukommen. Die Behörde behauptet schlicht: »Die vom Rechnungshof unterstellten 15 Mio. Euro Herrichtungskosten reichen daher nicht aus.« Insgesamt wäre für eine »im qualitativen Standard mit einem Neubau vergleichbare Modernisierung« der Hebebrandstraße mit Baukosten zwischen 40,1 Mio. und 46,5 Mio.

Euro zu rechnen. Tatsächlich sind die Gebäude in der Hebebrandstraße seit ihrer Errichtung vielfach modernisiert, ergänzt, umgebaut und saniert worden. Zusätzlich wurden alle Gebäude aufwändig für IT-Zwecke verkabelt.

Joachim Mose, Direktor beim Landesrechnungshof, hat im Haushaltsausschuss erneut unterstrichen, dass die Drucksache für die HCU nicht entscheidungsreif ist. Die Mehrheit des Haushaltsausschusses hat sich dieser Wertung angeschlossen. Wer in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise dermaßen leichtfertig mit öffentlichen Finanzen umgeht, hat die Anforderungen an die Politik nicht verstanden und sollte seinen Platz räumen.

SAGA – soziales Instrument der Wohnungspolitik?



SAGA-Siedlung in Kirchdorf-Süd

Die Knappheit im Hamburger Mietwohnungsmarkt hat die Mittelschicht erreicht – so stand es im Hamburger Abendblatt zu lesen. Betroffene wissen schon seit einigen Jahren von den langen Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen zu berichten, von der Frustration bei der Wohnungssuche, von den Mieten, die viel zu viel des monatlichen Budgets verschlingen und davon, dass letztendlich oft nur »Vitamin B« bei der Suche hilft.

Waren tragbare Mieten seit der Zeit des intensiven sozialen Wohnungsbaus im Nachkriegsdeutschland eine erklärte wohnungspolitische Zielsetzung, so hat sich spätestens in der vergangenen Dekade ein wahrnehmbarer politischer Willenswandel in der Wohnungspolitik vollzogen. Insbesondere unter dem CDU-Senat hat sich die Situation am Mietwohnungsmarkt spürbar und zum Leidwesen der Mieter nachhaltig verschärft.

Der Senat hat nun einen Wohnungsbauentwicklungsplan vorgelegt, der stark in der Analyse, jedoch schwach in seiner politisch angestrebten Konsequenz ist. Von verschiedenen Seiten, u.a. der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Wohnungsbauunternehmen (AHW), wurde kritisiert und angezweifelt, dass bei den derzeitigen Grundstücks- und Baupreisen der angestrebte bezahlbare Wohnraum von ca. 5000 Wohnungen jährlich nicht zu erreichen sei. Soziale Einrichtungen bemängeln schon seit längerem, dass der preisgünstige Mietwohnungssektor praktisch dicht sei. Schwangere, psychisch Kranke und Obdachlose sind auf dem »Mietwohnungsmarkt« kaum noch vermittelbar.

Gleichzeitig laufen jährlich ca. 5.000 Mietpreisbindungen bei Sozialwohnungen aus. Die meisten davon gehören zum staatlichen Unternehmen der SAGA GWG. In 90% der ausge-



SAGA GWG-Zentrale neben dem Museum der Arbeit

laufenen Sozialwohnungen hat die SAGA die Gelegenheit zu Sanierungen bzw. Modernisierungen und damit zu deutlichen Mietsteigerungen, aber teilweise auch zu Umwandlungen in Eigentum genutzt.

Dies wird in den Antworten zu der Großen Anfrage der SPD zum Wohnungsbestand der SAGA, zum Wegfall der Sozialbindungen und dem Stand der Modernisierungen und Mieterhöhungen deutlich (siehe Drucksache 19/2915). Insgesamt verteilen sich danach die SAGA GWG-Wohnungen auf 89 Stadtteile. Den größten Anteil am Gesamtwohnungsbestand von über 50% weist die SAGA GWG in den Stadtteilen Veddel mit rund 62%, Moorburg mit ca. 59% und Jenfeld mit rund 50% auf. In Stadtteilen wie Altona-Altstadt, Billstedt, Finkenwerder, Horn, Lurup, Rothenburgsort und Wilhelmsburg liegt der Anteil der Wohneinheiten zwischen 30 und 40%. In Altona-Nord, Bramfeld, Dulsberg, Hamm-Mitte, Hausbruch, Lohbrügge, Neugraben-Fischbek, Osdorf, Rahlstedt und Steilshoop beträgt der Anteil 20 bis 30%. Zum Vergleich: In Blankenese sind es nur 0,29%, in Eppendorf 0,08%. In 56 von 89 Stadtteilen (für zwei lagen keine Daten vor) wurde die Miete seit 2005 erhöht. In Winterhude, Großborstel und Othmarschen sogar um 20 bis 30%.

Mitte der 1970er Jahre existierten noch insgesamt ca. 400.000 Sozialwohnungen in der Stadt. Im Jahr 2000 war der Bestand auf 167.000 abgeschmolzen. Bei der SAGA waren im Jahr 1995 noch 78.500 Sozialwohnungen vorhanden, doch allein in den Jahren 2006 bis 2008 liefen bei rund 10.000 SAGA-eigenen Wohnungen die Bindungen aus.

In den Jahren 2009 bis 2016 wird der Sozialwohnungsanteil in Hamburg um weitere 36.253 schrumpfen, darunter 22.143 der SAGA GWG. Besonders betroffen sind folgende Stadtteile:

Stadtteil	Gesamt	davon SAGA
Bahrenfeld	700	517
Bergedorf	1.483	912
Billstedt	3.451	1.576
Eidelstedt	1.437	463
Farmsen-Berne	628	580

Hausbruch	985	859
Horn	1.738	1.738
Jenfeld	2.818	2.161
Langenhorn	1.293	926
Lohbrügge	1.184	744
Lokstedt	1.266	858
Lurup	1.182	1044
Neugraben-Fischbek	1.378	841
Osdorf	2.184	1.819
Rahlstedt	2.580	2.149
Steilshoop	1.818	24
Wilhelmsburg	2.432	1.754

Das Auslaufen der Sozialbindung war insbesondere in jüngerer Vergangenheit für die SAGA GWG oftmals der Auftakt, sich in das Getümmel des »freien« Mietwohnungsmarktes zu begeben. So wurde meist zuerst saniert, um dann in Folge, in über 90% aller Sanierungsfälle, die Mieten anzuheben. Zudem wurden die Wohnungen den MieterInnen zum Kauf angeboten, was bisher jährlich zwischen 300 und 400 MieterInnen realisierten. Zudem flossen in den vergangenen fünf Jahren angeblich rund 300.000 Euro insgesamt von der SAGA GWG an die Stadt.

Es ist zu befürchten, dass eine Wohnungsmisere beträchtlichen Ausmaßes ansteht, von der wir gegenwärtig nur erste Spitzen zu spüren bekommen – wenn das Regularium der Mietpreisbindung schwindet und kein massiver, staatlich geförderter Neubau von Sozialwohnungen erfolgt.

Der Senat will an seiner derzeitigen Wohnungspolitik festhalten. Die SAGA GWG soll ihr Handeln fortsetzen, wozu auch die Mietwohnungsverkäufe gehören. Senatorin Hajduk (GAL) hat im letzten Stadtentwicklungsausschuss deutlich zu verstehen gegeben, dass mit ihr eine erhebliche Verstärkung einer staatlich geförderten Wohnungspolitik nicht zu haben sei. Besser hätte es auch der Koalitionspartner CDU nicht auf den Punkt bringen können. Keine gute Voraussetzung für bessere Zeiten im Mietwohnungsmarkt, und angesichts der Nöte geradezu eine Ohrfeige für Zehntausende betroffene Menschen.

Retten den Schulsport?

Es gibt zu wenig LehrerInnen für Deutsch und Geschichte, die Klassen platzen aus allen Nähten. In der Folge werden den Eltern und SchülerInnen Kurse von privaten AnbieterInnen nahe gelegt – auf dem Schulgelände sollen sie schon stattfinden, aber die Extraleistungen kosten Geld. Ein Aufschrei ginge durch die Hamburger Bildungslandschaft, würde dieses Szenario (auch wenn Hunderttausende SchülerInnen in Deutschland schon private Förderstunden nehmen, um dem gewachsenen Lerndruck standzuhalten) harte Realität.

Im Schulsport allerdings ist es das schon fast (ich habe in den letzten BürgerInnenbriefen darüber informiert): 43% der Hamburger GrundschulInnen haben bis zum Ende der vierten Klasse noch nicht schwimmen gelernt, an einzelnen Schulen in Wilhelmsburg bis zu 95%, in Volksdorf dagegen machen bis zum Ende der Grundschulzeit zwischen 78 und 100% den »Freischwimmer«. Die bisher im städtischen Besitz befindlichen Lehrschwimmbekken sollen an Vereine übergeben, mithin privatisiert werden. Insofern dürfte ein Szenario, bei dem der Schwimmunterricht nur noch gegen Kostenbeteiligung von privaten Veranstaltern angeboten wird, bald bittere Realität sein.

Ganz ähnlich konzipiert ist das neue Projekt der »Kindersportschulen«. Im kommenden Schuljahr werden an 15 Primarschulen (bis 2015 an 50) von Vereinen, also von außerschulischen Trägern, zusätzliche Sportangebote gemacht, um eine »quantitative Ergänzung zum obligatorischen Sportunterricht« zu gewährleisten. Anfang Juni stellte die Hamburger Turnerschaft von 1816 – »der älteste Turnverein der Welt und der größte Anbieter von Jugend- und Wettkampfsport in Hamburg-Mitte« (Selbstdarstellung des Vereins) ihr Modellprojekt »Sportfuxxe« in der Grundschule An der Burgweide in Wilhelmsburg vor: Ab dem nächsten Schuljahr werden nachmittags für die 1. bis 3. Klasse jeweils zwei Lerneinheiten à 45 Minuten, in der 4. Klasse à 60 Minuten und in der 5. und 6. Klasse à 90 Minuten angeboten. Beteiligen können sich an diesen Kursen zunächst 300 Kinder (von 4.800), im Jahre 2015 sollen es 1.100 (von 6.000) sein. Im ersten Halbjahr übernimmt die jeweilige Schule die anfallenden Kosten, danach müssen die Eltern für ihre Kinder einen monatlichen

(Mitglieds-) Beitrag von 12 Euro zahlen. Wer Transferleistungen nach Hartz IV o.ä. bezieht, kann sich auf Antrag davon befreien lassen, die Kosten übernimmt – so das Geld reicht – das Projekt »Kids in die Clubs« der Hamburger Sportjugend (siehe BürgerInnenbrief vom 19.5.2009). Die Mittel für dieses Projekt kommen je zur Hälfte von Sponsoren und der Stadt, wobei letztere immer nur den privat gespendeten Betrag verdoppelt (für 2009 sind das 193.000 Euro). Finanziert werden sollen aus diesem Topf vor allem die Vereinsbeiträge von Kindern und Jugendlichen, die sich sonst keinen organisierten Sport erlauben könnten. Ob diese Public-Private-Partnership in Rezessionszeiten Bestand hat, wird sich allerdings erst in den nächsten Monaten bzw. Jahren zeigen.

Es war einmal der große Traum der Sport- und ReformpädagogInnen der 1920er Jahre und auch der Nachkriegszeit, die tägliche Sportstunde zu realisieren. Doch längst hat die Schulbehörde dieses Ziel aufgegeben, sie hat weder Hallenbeziehungswise Platzkapazitäten geschaffen noch nur annähernd ausreichendes Personal eingestellt. Und was ist auch in diesem Fall die Konsequenz? Der umfassende Anspruch wird aufgegeben und zunehmend zu einer Privatangelegenheit gemacht.

So sympathisch, wie die »Sportfuxxe« daher kommen, und so sehr u.a. der Hamburger Turnerschaft von 1816 auch zu wünschen ist, dass die Kinder und Jugendlichen den Weg in die Vereine und damit zum Sport finden – die Schulbehörde ist auf dem falschen Weg. Sportliche Betätigung und das Schwimmen(lernen) gehören ebenso zur Heranbildung umfassend gebildeter, selbstbewusster Persönlichkeiten, wie der Deutsch- und Geschichtsunterricht. Deshalb fordere ich die Ausweitung und materielle Absicherung eines kostenfreien, von qualifizierten FachlehrerInnen durchgeführten Sport- und Schwimmunterrichts.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich habe nichts gegen eine stadtteilorientierte Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen – ganz im Gegenteil. Aber nur, solange das schulische Sportangebot stimmt und die Vereinsangebote nicht dazu dienen, einen latenten, kostenpflichtigen Ersatz zu installieren.



Erste Demo für Barrierefreiheit



Am 4.6.2009 auf dem Rathausmarkt

Das hat die Hamburger Innenstadt noch nicht gesehen: Rund 100 RollstuhlfahrerInnen, Gehbehinderte und engagierte BürgerInnen führten am 4. Juni erst eine Kundgebung auf dem Rathausmarkt, anschließend eine Demonstration über die Mönckebergstraße zum Hauptbahnhof durch, um »mehr Geld für barrierefreie U- und S-Bahnhöfe« in Hamburg einzufordern.

Aufgerufen hatte die Bürgerinitiative »Ein Lift für Ochsenzoll«, deren Sprecher André Senenko und die Barmbeker Aktivistin und linke Bezirksabgeordnete Helga Kuhlmann, unterstützt wurden sie von etlichen anderen Gruppen, der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V., Autonom Leben e.V., der Arbeiterwohlfahrt (Awo), dem Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), mehreren Bezirks- und Bürgerschaftsabgeordneten der SPD und der LINKEN.

Auch ich habe mich an dieser Aktion beteiligt und den InitiatorInnen meine Hochachtung ausgesprochen. Man muss wissen, dass insbesondere die RollifahrerInnen eine beschwerliche Anreise hinter sich hatten, ist der nächstgelegene barrierefreie Zugang zu einer S- oder U-Bahn doch am Hauptbahnhof gelegen. Noch immer sind 27 (von 46) S-Bahn- sowie 50 (von 80) U-Bahn-Haltestellen in Hamburg für bewegungseingeschränkte Menschen nicht benutzbar!

Vor allem habe ich in den vergangenen Wochen den Eindruck gewonnen, dass erst durch die Selbstorganisation der Betroffenen und deren Engagement das Thema die angemessene Aufmerksamkeit erhielt.

Und nur dies birgt die Chance, dass die Hauptforderung nach mehr Geld für den schnelleren barrierefreien Umbau

von Haltestellen von Seiten des Senats ernst genommen wird.

Die Botschaft war beim Bürgerschaftsabgeordneten Egbert von Frankenberg (CDU) sehr wohl angekommen, er hatte Mühe, die unzureichende Senatspolitik vor den Betroffenen zu verteidigen. Schließlich ist Hamburg inzwischen eines der Schlusslichter im bundesdeutschen Vergleich, nur in wenigen Städten ist es mit der Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr noch schlechter bestellt!

Die Mär vom fehlenden Geld kann uns angesichts der Millionen und Milliarden, die der schwarz-grüne Senat in aberwitzige Prestigeobjekte versenkt, niemand mehr weismachen. Für den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen stellt er in diesem Jahr gerade einmal 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, eine vergleichsweise lächerliche Summe, gerade mal ein Zehntel dessen, was wenige Tage zuvor für die Verbreiterung und Aufschickung eines 430 Meter langen Fußweges vom Baumwall zur Elbphilharmonie bewilligt worden war.

In den nächsten Wochen heißt es, nicht nachzulassen und den politischen Druck zu erhöhen und weitere Aktionen zu realisieren. Die Linksfraktion hatte das Thema Barrierefreiheit schon einmal (am 22. April) auf die Tagesordnung der Hamburgischen Bürgerschaft gesetzt und VertreterInnen der Initiativen zu dieser Sitzung eingeladen. Das sollte nicht der letzte »Besuch« der Betroffenen im Rathaus und schon gar nicht die letzte Bürgerschaftsdebatte zu diesem wichtigen Thema sein. Zusammen mit den Initiativen und den ebenfalls engagierten Bürgerschaftskollegen der SPD, Gunnar Eisold, Wolfgang Rose und Uwe Grund, werde auch ich und wird DIE LINKE in der Bürgerschaft »dran« bleiben.

Die Stadt gehört Allen!



Unter diesem Motto rufen mehrere Dutzend Organisationen und Initiativen zu einer Demonstration gegen Aufwertung und Verdrängung (»Gentrifizierung«) am Samstag, dem 13. Juni, auf. Seit Jahren stellen die BewohnerInnen vor allem der innerstädtischen Quartiere fest, dass sie mit enormen Mietpreissteigerungen, der Umwandlung in hochpreisige Eigentumswohnungen und dem Sterben der kleinen Nahversorgungsgeschäfte konfrontiert sind. Hier wirkt sich einerseits aus, dass Hamburg zu wenig (Sozial-) Wohnungen gebaut und infolgedessen der (Verdrängungs-)Druck auf dem »Wohnungsmarkt« spürbar zugenommen hat. Dass andererseits bestimmte Viertel besonders betroffen sind, hat mit deren nachgefragter zentraler Lage, aber auch den hier mittlerweile überwiegend sanierten Altbauten zu tun. Und die durch das Konzept der »wachsenden Stadt« und der gezielten Anwerbung von Gut- und BestverdienerInnen betriebene Politik macht eben Wohnraum in attraktiver Lage nötig. Dass dabei die Interessen der MieterInnen und kleinen Gewerbetreibenden auf der Strecke bleiben, liegt ganz im Interesse des grün-schwarzen Senats, werden durch die Verdrängung doch nicht zuletzt sozial »auffällige« oder gar »renitente« Quartiere wie die Schanze, St. Pauli und St. Georg zunehmend »ausgetrocknet«.

Wenn jetzt für St. Pauli und St. Georg seitens der SPD-GAL-Koalition im Bezirk Mitte an soziale Erhaltensatzungen samt Umwandlungsverordnungen gedacht wird, ist das Ausdruck einer mittlerweile überbordenden Entwicklung und einer massiven Kritik aus der Bewohnerschaft. Allerdings kommen die über ein Jahrzehnt geforderten Eingriffe für etliche Menschen zu spät, denn sie mussten ihre angestammten Quartiere inzwischen verlassen.

Nicht zu spät kommt der Demoaufruf »Die Stadt gehört Allen!«, denn der kürzlich vom Senat vorgelegte Wohnungsbauentwicklungsplan (WEP) ignoriert die Gentrifizierungs-Pro-

bleme weitestgehend (Drucksache 19/2995). Da heißt es recht verschwiegelt: »Tendenziell hat der Preisanstieg in weiten Teilen der inneren Stadt auch Effekte einer einkommensbezogenen Segregation im Sinne einer erhöhten Dichte von Haushalten mit geringem Einkommen in der äußeren Stadt. Diese Entwicklung impliziert nicht eine Verdrängung konkreter Bewohnerinnen und Bewohner – hier greift der mietrechtliche Schutz bestehender Mietverhältnisse – wohl aber eine Verdrängung von Bevölkerungsgruppen.« Ja, was denn nun?

Unabhängig von der widersprüchlichen Analyse werden daraus überhaupt keine Konsequenzen abgeleitet: Weder wird auch nur in einem Hinweis an flächendeckende soziale Erhaltensverordnungen für den ganzen innerstädtischen Bereich noch an einen allgemeinen Mietstopp gedacht, weder werden eine Initiative zum Mieterschutz der Kleingewerbetreibenden noch neue Bebauungspläne zur punktuellen Verhinderung von zusätzlichem Gastro-, Hotel- und sonstigem Gewerbe angeregt. Nichts von alledem, im Gegenteil. Dies muss angesichts der auf die Gewinnung von »Leistungsträgern« als neuen BewohnerInnen und von TouristInnen ausgerichteten Politik auch nicht verwundern.

Ich unterstütze die Demonstration am 13. Juni (gestartet wird um 14 Uhr Jungfernstieg/Ecke Ballindamm) und den Workshop »Recht auf Stadt«, der vom 19. bis 21. Juni in St. Pauli stattfinden wird. Am 19. Juni wird um 19.30 Uhr in der Aula der Schule Ludwigstraße mit »Kurzipputs« gestartet, tags darauf geht es um 9.30/10.00 Uhr im »Centro sociale« (Sternstraße 2) weiter mit zehn ganztägigen Workshops. Für den Abend wird an eine »Abschlussaktion« (Spaziergang) gedacht. Am 21. Juni werden ab 11.00 Uhr Filme gezeigt und es besteht die Möglichkeit zur Auswertung und zur Beratung weiterer Schritte.

Infos über alle Aktivitäten unter www.rechtaufstadt.net.

Leben auf der Veddel



Aus der Ausstellung

Ich möchte dieses Mal den Besuch einer Sonderausstellung empfehlen, die tatsächlich ohne Eintritt anzuschauen ist: Die Fotoausstellung »Lebendiger Stadtteil Veddel« in der BallinStadt Auswandererwelt (Veddeler Bogen 2). Auch wenn die BallinStadt unter Museumsmachern umstritten ist, eröffnet die Veddel-Ausstellung eine Menge neuer, einzigartiger Perspektiven auf einen lange Zeit vernachlässigten Stadtteil. Auf 90 Quadratmetern wird mit Fotos und Infotafeln die Ge-

schichte dieser ehemals hauptsächlich von ArbeiterInnen bewohnten Elbinsel präsentiert. Darüber hinaus gewähren die Dokumente, darunter leider nur wenig »anfassbare« Exponate, einen Einblick in das Leben auf der heutigen Veddel mit ihren 5.000 BewohnerInnen. Die Ausstellung ist als Dauerpräsentation montags bis sonntags zwischen 10 und 18 Uhr zu besichtigen. Wer mehr über das Museum erfahren möchte, kann sich unter www.ballinstadt.de schlau machen.

Feiern in St. Georg



Stadtfest in St. Georg auf dem Kirchhof am 6. Juni 2009

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**